

Kaum miteinander, selten gegeneinander, meist nebeneinander

Ein Gespräch über die Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit in den Vereinten Nationen

EBERHARD BRECHT · PETER FLORIN · VOLKER WEYEL

Mit dem 3. Oktober 1993 jährt sich zum dritten Mal der Tag, an dem die deutsche Zweistaatlichkeit auch innerhalb der Weltorganisation ihr Ende fand. Kurz zuvor, am 18. September, können die Deutschen auf den 20. Jahrestag des Beitritts zu den Vereinten Nationen zurückblicken; der längste Abschnitt dieser zwei Jahrzehnte war somit von der Präsenz zweier deutscher Delegationen am UN-Sitz gekennzeichnet, deren Entsendestaaten auf verschiedenen Seiten der Trennlinie zwischen den politischen Systemen plazierte und verankert waren. Die von den beiden Regierungen in den UN verfolgte Politik war in diesen Jahren weitgehend der öffentlichen Diskussion entzogen: Im Westen war das politische Interesse an der Weltorganisation nur schwach ausgeprägt, und im Osten war der Kreis der Mitredenden und erst recht der Entscheidungsträger ohnehin eng gezogen.

Von der UN-Politik der DDR sind, wie es in dieser Zeitschrift einmal hieß, »kaum mehr als die Immobilien übernommen« worden; was da sonst noch war und wie sich das Nebeneinander, das fallweise Gegeneinander und das spärliche Miteinander der beiden Staaten am East River aus DDR-Sicht ausnahm, gehört freilich auch zur gemeinsamen deutschen Geschichte. Diesen Fragen ist die Zeitschrift VEREINTE NATIONEN im Gespräch mit einem Zeitzeugen, der zugleich Mitgestalter der UN-Politik der DDR war, nachgegangen. Peter Florin** – gebürtiger Kölner, sowjetischer Partisan, Journalist, Diplomat und Politiker – war der erste UN-Botschafter der DDR; nach Rückkehr von diesem Posten wurde er zu einem der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten berufen. 1987/88 war er Präsident der 42. ordentlichen Tagung der UN-Generalversammlung. Mit ihm sprachen Eberhard Brecht, bis 1990 DDR-Bürger, heute Vorsitzender des Unterausschusses »Vereinte Nationen / Weltweite Organisationen« des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, und Volker Weyel, Chefredakteur dieser Zeitschrift.*

Weyel: Herr Florin, Sie haben lange Jahre für die UN-Politik der DDR Verantwortung getragen. In welcher Funktion haben Sie die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Weltorganisation erlebt und in welcher das Ende der doppelten deutschen Mitgliedschaft am 3. Oktober 1990?

Florin: Ich bin im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten 1949 nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Aufgabe betraut worden, die Politische Hauptabteilung zu leiten, bin dann 1953 in den Apparat des Zentralkomitees der SED gegangen, habe dort die Abteilung Internationale Verbindungen geleitet und kehrte 1966 ins Außenministerium zurück. Ich wurde 1968 Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und bin dann von diesem Posten aus 1973 nach New York als Ständiger Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik geschickt worden.

Weyel: Sie waren während langer Jahre auch Mitglied des Zentralkomitees der SED gewesen. In welcher Funktion haben Sie dann das Ende der DDR und die Mitgliedschaft nur eines deutschen Staates erlebt, waren Sie da bereits Rentner?

Florin: Ja. Ich bin nach meiner Rückkehr aus New York, nach Beendigung der Präsidentschaft 1988, in Rente gegangen, und in dieser Eigenschaft habe ich diese Ereignisse erlebt, von denen Sie gesprochen haben.

Brecht: Herr Florin, Sie haben als Mitarbeiter im DDR-Außenministerium zwischen 1949 und 1953 und nachher als Leiter der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen des ZK der SED miterlebt, wie die Bundesrepublik seit 1950 schrittweise Mitglied in den UN-Sonderorganisationen und Spezialorganen geworden ist, während der DDR als Folge der Hallstein-Doktrin dieses verwehrt wurde. Haben Sie den Eintritt der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen als Durchbruch für die Anerkennung der DDR empfunden?

Florin: Ich meine tatsächlich, daß die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1973 in die Organisation der Vereinten Nationen eine große Anerkennung dieses

Staates war, wenn auch nicht ausschließlich durch diesen Schritt, sondern durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit vielen Staaten. Immerhin wurde es auch in der Weltöffentlichkeit so eingeschätzt, daß diese Aufnahme der beiden deutschen Staaten wesentlich zur Entspannung in der Welt beigetragen hat.

Brecht: Dann fragt man sich aber, warum die DDR nach ihrem Beitritt im UN-System so wenig vertreten war. In einer Reihe von Nebenorganen war sie nur zeitweilig präsent, und auch die freiwilligen Beiträge waren relativ gering. Gab es für diese Zurückhaltung systempolitische Gründe oder waren finanzielle Probleme der DDR dafür ausschlaggebend?

Florin: Nein, was unsere finanziellen Beiträge anbetrifft, so waren sie immer beschränkt, und das hat natürlich auch zur Folge gehabt, daß wir nur in einigen Spezialorganisationen*** Mitglied sein konnten.

Brecht: Trifft dies zum Beispiel auch für die Bretton-Woods-Institute zu, also für IMF und Weltbank?

Florin: Natürlich, wobei wir nie einen Aufnahmeantrag in diese Organisationen gestellt haben, in der Befürchtung, daß diese Organisationen der Deutschen Demokratischen Republik Auflagen machen werden, die sie nicht erfüllen kann.

Weyel: Das leuchtet ein bezüglich der Bretton-Woods-Institutionen; aber ich frage mich, warum ist die DDR Sonderorganisationen wie der ICAO oder dem IFAD nicht beigetreten, und warum ist sie insbesondere der FAO nicht beigetreten?

Florin: Das weiß ich nicht.

Brecht: Darf ich zurückgehen zu der Frage der Motivation. Ich setze einmal voraus, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik damals drei Motive hatte, um mit dem zweiten deutschen Staat in die Vereinten Nationen einzutreten. Das wird einmal die eben schon erwähnte Anerkennung der DDR gewesen sein; zum anderen könnte ich mir auch vorstellen, daß Sie die Vereinten Nationen nutzen wollten, um an der Friedenssicherung in der Welt mitzuarbeiten; und schließlich könnte ich mir als drittes Motiv vorstellen, daß Sie natürlich auch die Vereinten Nationen als Podium für den Klassenkampf, die Systemauseinandersetzung, nutzen wollten. Welches der drei genannten Motive würden Sie als das vorherrschende bezeichnen?

* VN 4/1990 S.129

** Siehe auch die Kurzbiographie in VN 5/1987 S.165

*** UN-Sonderorganisationen

Florin: Das erste und vorherrschende war natürlich die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und damit auch ihre internationale Stabilisierung. Das zweite war, daß die Deutsche Demokratische Republik ein Interesse hatte an einer internationalen Zusammenarbeit, zunächst einmal aus politischen Gründen – Frieden, Sicherheit auch für sie selber. Und nicht zuletzt hatte es auch den Grund, daß sie eine internationale Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten befürwortete, um da Anregungen zu bekommen für die Erfüllung der eigenen Fünf-Jahres-Pläne. Was Sie Systemauseinandersetzung nennen, das war kein besonderer Grund für die Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen. Daß man natürlich die Organisation der Vereinten Nationen genutzt hat als Tribüne – das ist selbstverständlich. Aber der dritte Grund, den Sie nannten, hat für die Deutsche Demokratische Republik im Zusammenhang mit der Uno keine besondere Rolle gespielt.

Weyel: Gab es denn innerhalb des Zentralkomitees, innerhalb des Politbüros oder auch zwischen Partei und Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten grundsätzliche oder zumindest graduelle Unterschiede in der Bewertung und Einschätzung der Vereinten Nationen?

Florin: Es hat, was die Lage im Politbüro anbetrifft, eine gewisse Entwicklung gegeben. Am Anfang waren einige Mitglieder des Politbüros der Meinung, von der Organisation der Vereinten Nationen könnte man die Lösung vieler Probleme erwarten, und dem habe ich widersprochen, indem ich erklärte, man dürfe von der Organisation der Vereinten Nationen nichts erwarten, was sie nicht tun könnte. Man darf sie also nicht überschätzen. Aber andererseits hat es dann im Laufe der Zeit eine gewisse Unterschätzung der Organisation gegeben. Das zeigt sich schon darin, daß nie – nach meiner Kenntnis – im Politbüro eine Grundsatzdebatte über die Organisation der Vereinten Nationen stattgefunden hat.

Brecht: Könnte das auch der Grund gewesen sein, warum die Regierung der DDR nicht beschlossen hat, diesen Spezialorganen und Sonderorganisationen beizutreten?

Florin: Nein, das glaube ich nicht. Ich weiß wirklich nicht, was die FAO für uns für eine Rolle gespielt hat, daß man nicht dort beigetreten ist. Aber bei der Zivilluftfahrt gab es einige Probleme, an die ich mich jedoch jetzt nicht mehr erinnern kann. Und sonst waren es natürlich finanzielle Fragen, die dort eine Rolle spielten.

Weyel: Darf ich dann eine Vermutung äußern, die genau an diesen Punkt anknüpft: Ich nehme an, daß im Falle der FAO der Grund gewesen war, daß die DDR vermutlich in gewissem Umfang mit freiwilligen Beiträgen außer den Pflichtbeiträgen zur Kasse gebeten worden wäre. Könnte das ein Motiv sein, daß man sich dieser Entwicklungshilfeleistung entziehen wollte?

Florin: Ja, das könnte ein Motiv sein.

Weyel: Ein wesentlicher Punkt im Zusammenhang mit der tatsächlichen Tätigkeit sowohl der bundesdeutschen als auch der DDR-Diplomaten in den Vereinten Nationen war in den Jahren seit 1973 natürlich auch die Frage, inwieweit sich Bonn beziehungsweise Ost-Berlin an ihrer jeweiligen Führungsmacht in Washington beziehungsweise in Moskau orientiert haben. Ich will hier aus der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN zitieren, aus einem Artikel unseres vor zwei Jahren leider verstorbenen Autors Wilhelm Bruns, der in einer Analyse der Mitgliedschaft der DDR im Sicherheitsrat 1980 und 1981 geschrieben hat,* daß Sie, Herr Florin, sich während Ihrer Jahre in New York »zunehmend Respekt und Anerkennung verschaffen konnten«. Zweimal waren Sie in dieser Zeit Präsident des Rates. Allerdings hat der gleiche Autor in seiner Analyse auch festgehalten, daß die Übereinstimmung mit der Sowjetunion nahtlos und hundertprozentig war, daß sich auch hier

die DDR vollständig im Windschatten ihrer Führungsmacht bewegt hat.

Florin: Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik waren natürlich dergestalt, daß auch die gesamte Tätigkeit in den Organen der Vereinten Nationen ständig abgestimmt wurde. Und insofern gab es immer eine Übereinstimmung mit wenigen Ausnahmen – wenige Ausnahmen, die nicht Grundsatzfragen betrafen. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Als ich Präsident des Sicherheitsrats war, habe ich eine Reihe von Schritten gegenüber Israel unternommen, die nicht, sagen wir, von vorneherein mit der Sowjetunion abgestimmt waren, aber die ich meinte als Präsident des Sicherheitsrats unternehmen zu müssen. Es gab . . .

Brecht: Da Sie gerade Israel erwähnen. Gibt es einen speziellen Grund, warum damals die DDR der Anti-Zionismus-Resolution zugestimmt hat, die ja den Zionismus mit Rassismus gleichgesetzt hat, ein für mich ungeheurer Vorgang. Stimmt die DDR auf Druck Moskaus zu, oder war dieses Votum ein Zugeständnis an die arabische Welt?

Florin: Ein Zugeständnis an die arabische Welt.

Weyel: Mich würde die Frage nicht nur der Übereinstimmung zwischen DDR und Sowjetunion interessieren, sondern auch die Frage der Rollenverteilung. Sie sagten eben, daß es doch eine Reihe von Differenzen gegeben hat, aber insgesamt eher in marginalen Punkten. Wie waren die praktischen Abläufe bei dem, was Sie Abstimmung zwischen den Staaten des Warschauer Paktes insgesamt nennen? Hat es einfach Direktiven oder Vorgaben – unter welcher Bezeichnung auch immer – gegeben, oder hat es echte Konsultationen im Sinne der Möglichkeit gegeben, auch die Sowjetunion von einer anderen Position zu überzeugen?

Florin: Ja, und zwar will ich das letztere betonen, denn Vorgaben seitens der Sowjetunion für die Deutsche Demokratische Republik hat es nie gegeben. Und ich habe auch meine Aufträge in New York nie von der sowjetischen Seite erhalten, sondern immer von meinen Vorgesetzten in Berlin. Jedes Jahr vor der Generalversammlung fand zum Beispiel eine internationale Konferenz der sozialistischen Staaten – oder der Staaten des sozialistischen Lagers – in einer Hauptstadt statt, wo die gemeinsamen Auffassungen erarbeitet wurden über das Auftreten auf der Generalversammlung. Während der Generalversammlung fanden ständig Sitzungen der Ständigen Vertreter dieser Staatengruppe statt, in denen diskutiert wurde, in denen auch unterschiedliche Auffassungen auftraten, die dann an die Hauptstädte weitergeleitet wurden und schließlich durch Zusammenarbeit zwischen den Hauptstädten geregelt wurden. Und wenn man also unbedingt Unterschiede wissen möchte, die es gegeben hat: Ja, es gab eine Reihe von Unterschieden. Zum Beispiel gab es von seiten der Sowjetunion, was die ökonomischen Fragen anbetrifft, immer den Wunsch, daß es zu einer gemeinsamen Erklärung der sozialistischen Staaten kommen solle. Wir von seiten der Deutschen Demokratischen Republik waren der Auffassung, daß das nicht gut wäre, sondern es günstiger wäre, daß, wenn wir uns über eine gemeinsame Linie abgestimmt haben, die einzelnen Staaten doch mit eigenen Erklärungen auftreten, bei denen sie auch spezifische Argumente aus ihrer eigenen Situation mitbenutzen.

Brecht: Gut, aber das ist ein taktisches Argument.

Florin: Natürlich.

Brecht: Aber wollen Sie denn ernsthaft eine Dominanz der Sowjetunion im Entscheidungsprozeß bestreiten?

Florin: Nein, bestreite ich nicht, natürlich.

Weyel: Ist das ein bißchen verbindlicher abgelaufen als im Politischen Ausschuß des Warschauer Paktes, wo – soweit ein Außenstehender das weiß oder beurteilen kann – die Vorgaben doch wohl etwas massiver und direkter durchgesetzt wurden, als sie es eben beschrieben haben?

Florin: Nein, es sind ja keine Vorgaben. Es gab also eine Ab-

* VN 3/1982 S.101f

stimmung der Positionen, die diskutiert wurde, und dort gab es oftmals unterschiedliche Auffassungen. Die sind ausdiskutiert und dann nachher gewissermaßen zu einem Ergebnis geführt worden, das alle Seiten vertreten haben. Aber irgendwelche Vorgaben in der Art von Anweisungen hat es nicht gegeben.

Brecht: Die von Ihnen erwähnten Konferenzen der sozialistischen Staaten haben eine Vorabstimmung gebracht, aber in der praktischen Arbeit zum Beispiel des Sicherheitsrats gab es ja doch sehr viele nicht erwartete Situationen, auf die man reagieren mußte. In welcher Form haben Sie dann die Abstimmung vorgenommen, auch in der Zeit, als Sie Präsident des Sicherheitsrats waren?

Florin: Als Präsident des Sicherheitsrats habe ich Abstimmungen mit allen Mitgliedern des Sicherheitsrats durchgeführt, natürlich auch mit den Vertretern der Sowjetunion, dabei berücksichtigend, daß wir ja in einem Bündnis standen. Ich habe auch da weder Vorgaben noch irgendwelche Anweisungen von sowjetischer Seite bekommen oder entgegengenommen.

Weyel: Trotzdem erscheint mir es doch aber sehr auffällig, was einer anderen Untersuchung der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN* zu entnehmen war: Horst Risse hatte vor zehn Jahren anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Mitgliedschaft beider deutschen Staaten 629 Resolutionen der Generalversammlung ausgewertet, und von diesen 629 Resolutionen hat es nur einen einzigen Fall gegeben, in dem die Sowjetunion und die DDR unterschiedlich abgestimmt hatten. Und da würde ich fast vermuten, daß das eher Zufall war.

Florin: Das glaube ich nicht, daß das ein Zufall war, sondern das ist durch eigene Entscheidung erfolgt. Ich gebe aber zu, daß dabei möglicherweise bestimmte taktische Zielsetzungen eine Rolle spielten, denn es kam vor, daß in Resolutionen, mit denen wir in der Aussage – sowohl die Sowjetunion als auch wir – nicht einverstanden waren, wir uns seitens der Deutschen Demokratischen Republik trotzdem der Stimme enthalten haben, während die Sowjetunion dagegen stimmte, wenn in der Resolution vorgesehen war, ein Organ zu schaffen und wir in dieses Organ hineingehen wollten und aus diesem Grunde nicht gegen die Resolution gestimmt haben.

Weyel: In der Tat ging es damals auf der 30. Generalversammlung um die Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses zur Überprüfung der Rolle der UN auf dem Abrüstungsgebiet.

Ein zweiter Fall – das ist ein peripherer Fall, aber ich möchte doch einmal nachfragen, falls Sie sich zufällig an diese Geschichte erinnern –: Die DDR hat 1978 und auch danach bei Resolutionen zu Osttimor, wo es also um eine Kritik Indonesiens ging, sich an der Abstimmung nicht beteiligt, während die anderen sozialistischen Staaten teilgenommen haben. War das ein konkretes Beispiel für eine gewisse Rollenverteilung, daß also ein Staat des sozialistischen Lagers eine positivere Haltung gegenüber Indonesien zeigen wollte?

Florin: Nein, das war keine Rollenverteilung, sondern das war eine eigene Entscheidung der Deutschen Demokratischen Republik, ohne Abstimmung mit anderen sozialistischen Staaten.

Weyel: Was war das Motiv dafür?

Florin: Die Beziehungen zu Indonesien.

Brecht: Gibt es etwas, was Sie als den DDR-spezifischen Beitrag in der UN-Politik bezeichnen, der von den anderen Mitgliedern des Warschauer Paktes nicht in diesem Maße geleistet wurde?

Florin: Ich glaube, daß die Deutsche Demokratische Republik in einer Reihe von Fragen eine außerordentlich große Initiative gezeigt hat. Zum Beispiel hat sie von sich aus auf dem Gebiete der Abrüstung eine Reihe von Resolutionen initiiert, zur Frage des nuklearen Wettrüstens, zur Nicht-Erstanwendung von Atomwaffen, zur Frage der Einstellung des nuklearen Wettrüstens überhaupt und auch in der Frage der Einstellung der Versuche mit Kernwaffen, aber . . .

Brecht: Ist das mehr oder weniger zufällig oder auf Ihre Fähigkeiten zurückzuführen? Oder resultierte das aus der – ich sage einmal – »Frontsituation« der DDR heraus, daß Sie gerade an dieser Stelle besonders interessiert waren?

Florin: Für uns, für die Deutsche Demokratische Republik, war klar, daß das größte Unglück für das deutsche Volk ein Kernwaffenkrieg sein würde, denn der hätte zur Vernichtung geführt. Deswegen hatten wir von vorneherein ein besonderes Interesse gerade an dieser Frage und haben uns sehr oft Gedanken gemacht, was wir in dieser Frage an Initiativen ergreifen können, wobei natürlich diese Initiativen nicht im Widerspruch zur Politik der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Paktes erfolgt sind, sondern mit ihnen abgestimmt wurden. Aber das sind Initiativen, die in Berlin geboren wurden.

Die Frage war aber doch, gibt es noch andere Gebiete. Besonders aktiv waren wir auf dem Gebiet des Anti-Apartheid-Kampfes, des Kampfes gegen Apartheid und Rassismus. Ich glaube, da hat die Deutsche Demokratische Republik im Vergleich mit den anderen Staaten des Warschauer Vertrages doch größere Initiative gezeigt. Ein zweiter Fall, wo wir eine ausschließlich eigene Initiative ergriffen haben, war es, eine Resolution zum Kampf gegen den Neofaschismus zu initiieren. Das ist eine Initiative der DDR, die von ihr eingebracht wurde, die zu mehrjährigen Verhandlungen und schließlich zur Verabschiedung einer Resolution auf diesem Gebiet geführt hat. Schließlich möchte ich sagen, daß wir auch in den Fragen des Nahen Ostens doch eine ganze Reihe von Initiativen ergriffen haben, die zur Unterstützung der palästinensischen Seite erfolgten, und ich glaube, daß wir auch da einen gewissen Beitrag geleistet haben.

Brecht: Ihr Amtskollege Herr Neugebauer hat nach der Wende festgestellt, daß gerade die erwähnte Anti-Zionismus-Resolution die Situation im Nahen Osten zugespitzt hätte und deswegen nicht besonders fruchtbar gewesen ist.

Florin: Ja, ich sagte schon, dieser Resolution haben wir zugestimmt als Zugeständnis gegenüber den Arabern.

Brecht: Um auf die Frage der Bündnispolitik zurückzukommen: Ich habe von einer Reihe von Diplomaten in den Vereinten Nationen gehört, daß mit dem Amtsantritt von Gorbatschow und seinem Wechsel zur Perestrojka eine ziemliche Orientierungslosigkeit in die Uno-Politik der DDR hineinkam. Auch wenn sie damals nicht mehr für diese Uno-Politik verantwortlich waren, interessiert mich Ihre Bewertung.

Florin: Nein, ich kann nicht sagen, daß eine Verwirrung in die

Autoren dieser Ausgabe

Dr. Hans Arnold, geb. 1923, gehörte 1951–1986 dem Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland an, zuletzt als Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen in Genf.

Dr. Eberhard Brecht, MdB, geb. 1950, ist Vorsitzender des Unterausschusses Uno des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages. Von März bis Oktober 1990 MdV (SPD).

Wolfgang Ehrhart, geb. 1950, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Dr. Brecht.

Peter Florin, geb. 1921, war der erste Ständige Vertreter der DDR bei den Vereinten Nationen; ehemaliger Präsident des Sicherheitsrats und der Generalversammlung.

Dr. Peter Schlotter, geb. 1945, ist Projektleiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt am Main.

Dr. Volker Weyel, geb. 1944, ist Chefredakteur der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN.

* VN 5/1983 S.146ff

Uno-Politik hineingekommen war. Denn es hatte beim besten Willen – so sah ich das auch damals – in unserer Uno-Politik keine Änderung zu erfolgen, weil alles, was wir in der Uno-Politik zu vertreten hatten – das läßt sich abmessen an den Resolutionen – in überwiegender Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedstaaten der Uno stand. Ich weiß also von der 42. Generalversammlung, auf der ich Präsident war: 94,6 Prozent der angenommenen Resolutionen wurden von uns mitgetragen beziehungsweise wurden von uns bejaht; eine Änderung in der Uno-Politik als solche im Zusammenhang mit der Veränderung von Gorbatschow sah ich nicht. Eine Änderung mußte erfolgen in der Politik der Sowjetunion, und das konnte nur die Gesamtpolitik begünstigen, die von unserer Seite erfolgte, um ausgehend davon eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu gestalten.

Brecht: Ich hatte von Beobachtern am East River gehört, daß mit dem Amtsantritt von Gorbatschow die Verbindungen zwischen den westdeutschen UN-Vertretern und der Sowjetunion manchmal sogar enger waren als jene mit der DDR-Vertretung.

Florin: Da kann ich nichts anderes sagen als das, was ich gesagt habe.

Brecht: In der Generalversammlung hatte die DDR einen sehr hohen Anteil an zustimmenden Voten bei der Abstimmung über die verschiedenen Resolutionen zu verzeichnen. Deutschland-West hingegen enthielt sich auffallend oft der Stimme, so daß man über die ›German vote‹ auch schon gelächelt hatte. Weshalb unterschied sich das Abstimmungsverhalten der DDR so deutlich von dem Westdeutschlands?

Florin: Man hat ja sein Abstimmungsverhalten nach dem jeweiligen Gegenstand gerichtet. Die Aussagen, die wir trafen, stimmten mit der größten Mehrheit der Staatenvertreter überein, und wir hatten ja keine Rücksicht zu nehmen auf bestimmte Bündnisse. Man kann eine ganze Reihe von Fragen nehmen, wo sehr klar ist, warum sich die Bundesrepublik Deutschland der Stimme enthalten hat, warum die DDR dafür gestimmt hat. Es gibt da unterschiedliche politische Grundhaltungen. Ich nehme die Zypernfrage: In der Zypernfrage gingen ja beide deutsche Staaten von der Einheit Zypern aus. Wir aber wandten uns scharf gegen die Invasion seitens der Türkei, während die Bundesrepublik Deutschland vorsichtig war, zumal die Türkei Mitglied der NATO war. Da haben Sie schon ein unterschiedliches Herangehen auch an entsprechende Resolutionen, während wir beide in der Frage der Blauhelme in Zypern wieder übereinstimmten. Wir waren beide dafür, und ich weiß, daß im Apparat der Uno dort in Zypern sowohl Bürger der DDR als auch Bürger der Bundesrepublik Deutschland gearbeitet haben.

Brecht: Kann diese hohe Übereinstimmung mit der Staatenmehrheit, das heißt die hohe Zustimmungsquote der DDR-Regierung bei den Resolutionen in der Generalversammlung, auch darauf zurückgeführt werden, daß sie sich doch sehr stark als Sprecher der Dritten Welt verstanden hat, als Sprecher der Blockfreien?

Florin: Also, als Sprecher der Blockfreien, als Sprecher der Dritten Welt haben wir uns nie verstanden. Aber ich glaube sagen zu können: Wir haben ihre Interessen gut verstanden, wir konnten ihnen nachfühlen, was sie erlebten.

Weyel: Nun sehe ich allerdings die Übereinstimmung mit der Mehrheit nicht in allen Fällen unbedingt als ein Positivum an. Ich möchte das auch gleich konkretisieren: Es hat natürlich eine große Divergenz gegeben zwischen den Resolutionen, die beispielsweise die Staatenmehrheit zu Menschenrechtsthemen verabschiedet hat, und dem Staatenverhalten. Es wurden Beschlüsse gefaßt, ohne daß die zustimmenden Staaten zu Hause die Menschenrechte entsprechend beachtet haben; und da wird man doch auch festhalten müssen, daß ein deutliches Spannungsverhältnis zu sehen ist zwischen der Zustimmung der DDR zu menschenrechtsbezogenen Resolutionen in der Generalversammlung und den Praktiken, der eigenen Staatspraxis, in Sachen Menschenrechte, was nun abweichende Meinungen innerhalb der DDR angeht. Wie konnten Sie dieses Spannungsverhältnis in New York vertreten, oder war das eine Sache der inneren Politik, die dann auch in die Reflexionen nicht mehr einbezogen wurde?

Florin: Die Deutsche Demokratische Republik hat gemäß den Erfordernissen aller Konventionen – auch der Menschenrechtskonventionen – entsprechende Berichte an die verschiedensten zuständigen Organe der Vereinten Nationen vorgelegt. Alle diese Berichte sind, selbst wenn sie mit kritischen Bemerkungen verfolgt wurden, doch im Endeffekt nicht abgelehnt worden, und es hat innerhalb der Organisation der Vereinten Nationen zu Fragen der Menschenrechte keinerlei irgendwie geardete Verurteilung der Deutschen Demokratischen Republik gegeben.

Weyel: Sie wissen aber, daß die DDR unter dem sogenannten 1503-Verfahren der Menschenrechtskommission in Genf behandelt wurde, diesem Verfahren, nach dem eine bestimmte Anzahl von Mitteilungen über Menschenrechtsverletzungen das Tätigwerden der Unterkommission und später der Menschenrechtskommission notwendig macht.

Florin: Davon ist mir nichts bekannt.

Brecht: Darf ich Ihre Menschenrechtspolitik in den Vereinten Nationen so interpretieren, daß Ihr Menschenrechtsverständnis mehr auf die Einforderung kollektiver, sozialer und wirt-



Mit der Rolle der DDR in der Weltorganisation, dem Ausmaß der Eigenständigkeit der UN-Politik Ost-Berlins gegenüber Moskau, dem Verhältnis der beiden deutschen Staaten in den Vereinten Nationen, der Haltung der DDR zu Entwicklungs- und Menschenrechtsfragen sowie mit dem Stellenwert der ›Liga für die Vereinten Nationen‹ setzten sich in einem ausführlichen Gespräch (v.l.n.r.): Dr. Eberhard Brecht, MdB, Dr. Volker Weyel und Peter Florin auseinander; es fand am 21. Juni in der Wohnung des früheren Vizeaußenministers der DDR in Berlin-Treptow statt.

schafflicher Rechte ausgerichtet war und die Individualrechte beziehungsweise politischen Rechte vernachlässigte. Wie hätten Sie sonst die Spannung zwischen Ihrer Tätigkeit in New York und der Praxis zu Hause aushalten können?

Florin: Natürlich haben wir uns in der Organisation der Vereinten Nationen in erster Linie für die sozialen Rechte eingesetzt und nicht für die politischen Rechte der einzelnen Individuen.

Brecht: Heute ist die Volksrepublik China einer der Staaten, die auf die strikte Beachtung der Souveränität drängen und sagen, Menschenrechtsverletzungen geben keine Rechtfertigung für die Einmischung in innere Angelegenheiten. Dies war ja auch die Position der DDR.

Florin: Ja.

Brecht: Würden Sie aus heutiger Sicht Ausnahmen von diesem Prinzip akzeptieren?

Florin: Ja, ich glaube, die Welt hat sich wesentlich verändert. Früher war es etwas anders. Man darf nicht vergessen, daß zur Zeit des Bestehens des Kolonialsystems die Verhältnisse zwischen den Kolonien und den Kolonialstaaten besondere Verhältnisse waren, wo die Menschenrechte zwar im Mutterland anerkannt wurden, die Kolonialländer aber keine Menschenrechte hatten. Das ist ja jetzt vorbei. Deswegen meine ich, daß heute die Situation sich wesentlich verändert hat und man nicht mehr die Frage so stellen kann, daß die Behandlung von Menschenrechten eine ausschließlich innere Angelegenheit eines Staates ist.

Brecht: Bejahen Sie die Universalität der sozialen und der bürgerlichen Rechte?

Florin: Würde ich bejahen, wobei ich der Meinung bin, daß die sozialen Rechte bisher noch zu gering veranschlagt werden.

Weyel: Vom Komplex Menschenrechte zum Verhältnis der beiden deutschen Staaten in den Vereinten Nationen. Das Verhältnis der beiden deutschen Staaten war ja zunächst von gegenseitiger Distanz charakterisiert gewesen. Ich würde behaupten, daß sich die Distanz im Grundsätzlichen ja auch nicht wesentlich oder vielleicht sogar gar nicht verringert hat während der Jahre bis 1989. Aber ist es richtig zu sagen, daß es zumindest einen Klimawechsel im Verhältnis der Vertretungen der beiden deutschen Staaten in New York gegeben hat?

Florin: Natürlich gab es in dieser Frage einen bestimmten Prozeß. Nur möchte ich darauf aufmerksam machen, daß gleich zu Beginn, nachdem sich die Delegation und die Ständige Vertretung einigermaßen eingearbeitet hatten, eine Verständigung erfolgte. Die Verständigung lautete dahingehend, daß die sogenannten 'querelles allemandes' nicht in die Uno gehören. Ich habe ein diesbezügliches Gespräch mit Herrn von Wechmar geführt, das faktisch eine Vereinbarung war.

Weyel: Sehr zu Anfang vermutlich . . .

Florin: Das war, als Herr Wechmar Ständiger Vertreter wurde, als ich Ständiger Vertreter wurde, da war er noch nicht Ständiger Vertreter. Aber als er dann kam, nach einigen Sitzungen, da haben wir uns getroffen, und in der Frage 'Wie verhalten wir uns untereinander, hier in der Organisation der Vereinten Nationen', da haben wir uns verständigt: Erstens, die 'querelles allemandes' werden hier nicht in irgendeiner Weise auf den Tisch gebracht, das sind die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, das sind Fragen, die werden in Verhandlungen zwischen den Zentren, zu Hause, also in Deutschland, geklärt, nicht hier in der Organisation der Vereinten Nationen. Zweitens haben wir uns verständigt: Jeder Staat hat seine Politik und wird seine Politik vertreten, aber wir werden innerhalb der Organisation der Vereinten Nationen nicht in eine kontroverse Zwiesprache eintreten, selbst bei den unterschiedlichen Standpunkten, die wir zu konkreten Sachfragen haben, die auf der Tagesordnung stehen. Und so ist das also auch gelaufen. Es gab einen bestimmten Prozeß, in dem mehr und mehr auch Konsultationen zwischen den Ständigen Vertretungen erfolgten, ausgelöst auch durch die Konsultationen, die hier in

Deutschland erfolgten. Es ist ja bekannt, daß das Auswärtige Amt nicht zuständig war für die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten – das war das Bundeskanzleramt –, aber es war ja zuständig für die Organisation der Vereinten Nationen, so daß sich also hier zwischen dem MfAA, dem Außenministerium der DDR, und dem Auswärtigen Amt auf diesem Gebiet auch Konsultationen herausbildeten, die schließlich auch dazu führten, daß die Außenminister der beiden deutschen Staaten sich aus Anlaß der Generalversammlung in New York trafen und Gespräche miteinander führten. Im Endeffekt ging ja die Zusammenarbeit nachher so weit, daß in ganz konkreten Fragen auch eine Übereinstimmung erfolgte. Ich möchte nur sagen, wenn das Verbot der chemischen Waffen jetzt zu Ende geführt wurde, dann ist dies nicht zuletzt auch auf eine gewisse Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zurückzuführen, die schon damals in dieser Richtung eingeleitet wurde.

Weyel: Aber die gemeinsame Resolutionsinitiative, die anläßlich des Honecker-Besuchs in Bonn von den beiden Außenministern Fischer und Genscher ins Auge gefaßt worden war, ist ja offensichtlich niemals realisiert worden.

Florin: Davon ist mir auch nichts bekannt, daß eine Resolution . . .

Weyel: Es war die Idee, eine gemeinsame Resolution zu initiieren, ohne das schon zu spezifizieren. Das wurde damals besprochen, aber offensichtlich nicht weitergeführt.

Florin: Ich habe nur aus dem gemeinsamen Kommuniqué herausgelesen, daß man sich verständigt hatte, im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen stärker zusammenzuarbeiten. Ich darf aber noch etwas sagen zu der letzten Geschichte: Es gab eine Frage, wo es zwar zu einem Zwiesgespräch, einem kontroversen Zwiesgespräch, in der Organisation der Vereinten Nationen kam: Das war, wenn von irgendeiner Seite Fragen der Vereinigung der beiden deutschen Staaten oder der Wiedervereinigung angesprochen wurden. Wenn also zum Beispiel von der Bundesrepublik Deutschland erklärt wurde, man wolle auf eine Lage in Europa hinwirken, die dem deutschen Volk die Möglichkeit gibt, seine Selbstbestimmung gewissermaßen auszuüben, dann gab es von seiten des Vertreters der DDR immer eine Antwort auf diese Erklärung: Man solle diese Frage der Beziehung zwischen den beiden deutschen Staaten, vor allem ihrer Vereinigung, nicht hier berühren, da das eine sehr gefährliche Frage wäre für Frieden und Krieg.

Brecht: Darf ich Ihre Ausführungen so interpretieren, daß Sie jetzt den deutsch-deutschen Beziehungen eine besondere Gewichtung geben – Sie sprachen von Absprachen –, während ich als DDR-Bürger doch wahrgenommen habe, daß die DDR-Regierung alles vermied, was den Verdacht von besonderen deutsch-deutschen Beziehungen hervorrufen könnte.

Florin: Es ging ja nicht um spezifische deutsch-deutsche Beziehungen, sondern es ging um Fragen, wo die Politik der beiden deutschen Staaten gewissermaßen koordiniert wurde. Nehmen wir ein konkretes Beispiel, das der Wahlfunktion. Als die Bundesrepublik Deutschland in den Sicherheitsrat gewählt wurde, hat die Deutsche Demokratische Republik dafür gestimmt. Das ist auch vorher abgesprochen gewesen. Als die Deutsche Demokratische Republik in den Sicherheitsrat gewählt wurde, hat die Bundesrepublik Deutschland nicht dagegen gestimmt, sondern nach ihren eigenen Erklärungen auch dafür gestimmt. Bei den Präsidentschaften war es genauso, in der gleichen Art und Weise, so daß also . . .

Brecht: Aber dies ist doch nicht zu werten als Ausdruck besonders guter Beziehungen, sondern eher als ein vorsichtiges Taktieren, um im Kalten Krieg irgendwie miteinander leben zu können.

Florin: Ich habe auch nicht von freundschaftlichen Beziehungen gesprochen, ich habe gesprochen von normalen Beziehungen, wie sie innerhalb der Uno zwischen den Staatenvertretern gang und gäbe waren. Dort in der Uno gab es eine besondere

Situation; dort haben Staatenvertreter miteinander korrespondiert, deren Staaten überhaupt keine diplomatischen Beziehungen hatten. Die Atmosphäre in der Uno war eine besondere Atmosphäre auch für die Beziehungen von Vertretern von Staaten, die unterschiedliche Auffassungen haben.

Brecht: Das heißt also, Ihr Verhältnis zum Beispiel zur Vertretung der Bundesrepublik Deutschland war bis auf die deutsch-deutschen Spezifika ähnlich wie jenes zu Frankreich oder Großbritannien...

Florin: Ja.

Brecht: Wie sind eigentlich die Querelen um den Deutschen Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen zu interpretieren? Es gab ja zeitweise eine gemeinsame Finanzierung des Übersetzungsdienstes seitens der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs. Das Gemeinschaftsunternehmen ist gescheitert an den Fachvokabeln, die in jedem der Systeme üblich waren.

Florin: Ja, daran ist es gescheitert. Durch die Unterschiede in den Fachvokabeln entstand die große Frage, ob man soviel Geld für den Übersetzungsdienst ausgibt, wenn etwas herauskommt, was man im eigenen Lande nicht veröffentlichen wird.

Weyel: Was war das Motiv für die Nichtveröffentlichung? Bezog sich das jetzt nur auf die Terminologie oder grundsätzlich darauf, daß man ohnehin bestimmte Resolutionen gar nicht verbreiten wollte?

Florin: Nein, es ging nur um die Terminologie. Ich will ein konkretes Beispiel nennen: In der Deutschen Demokratischen Republik, da gab es Unternehmer und Arbeiter. Da gab es keine Arbeitgeber und keine Arbeitnehmer, und eine Resolution in deutscher Sprache, wo das so drinstand, konnten wir bei uns nicht verbreiten.

Brecht: Sie haben eben zu Recht gewürdigt, daß das Problem der beiden deutschen Staaten am East River nicht thematisiert wurde. Und es wird auch international gewürdigt, daß sich die Deutschen bei den Vereinten Nationen kein unwürdiges Hickhack geleistet haben. Trotzdem scheint mir aus der Retrospektive das deutsch-deutsche Verhältnis doch relativ verkrampft gewesen zu sein. Westdeutsche Diplomaten charakterisierten ihre DDR-Kollegen gern als sehr höflich, sehr korrekt, aber es war immer ein Stück Mißtrauen da und eine gewisse Steifheit. Können Sie das bestätigen?

Florin: Nein, das kann ich nicht bestätigen, denn genau das selbe kann ich von der anderen Seite sagen. Es hat Leute gegeben bei uns, wie es Leute gegeben hat bei denen, die Berührungängste hatten. Ich hatte solche Berührungängste nicht gekannt; ich hatte, was den Ständigen Vertreter, Herrn von Wechmar, anbetrifft, ein normales Verhältnis; er war mein Gast, und ich war bei ihm zu Gast, so daß wir über viele Fragen gesprochen haben, auch über sehr komplizierte Probleme, so daß...

Brecht: Also gab es auch Ihrerseits keine Ängste, daß man sich da in die Karten gucken lassen könnte?

Florin: Nein, nein. Es gab auch keine Anweisungen diesbezüglich gegenüber unseren Vertretern, daß sie nicht mit denen korrespondieren sollten.

Brecht: Darf ich jetzt noch einmal in die fachliche Ebene gehen und fragen, wo es denn eine Kooperation gegeben hat zwischen den beiden deutschen UN-Vertretungen? Gab es zum Beispiel Zusammenarbeit in der Frage der Seerechtskonferenz?

Florin: Ja, natürlich. Wir haben auch den Wunsch der Bundesrepublik Deutschland, den Sitz des Internationalen Seegerichtshofs in Hamburg einzurichten, vollauf unterstützt.

Brecht: Trifft das auch zu für den Bereich des Weltraumrechts?

Florin: Bei Weltraumrechtsfragen hatten wir keine großen Kapazitäten, während wir auf dem Seerechtsgebiet wirklich Persönlichkeiten hatten, die auf diesem Gebiet sehr gut bewandert waren.

Brecht: Ich kann mir vorstellen, daß es etwas brisanter war bei

der Weltinformationsordnung. Gab es da irgendwelche Kontakte und Absprachen zwischen Ihnen und Ihren westdeutschen Kollegen?

Florin: Da kann ich mich nicht erinnern; ob es Absprachen gegeben hat, weiß ich nicht, ich weiß aber, daß es Konsultationen gegeben hat.

Brecht: Es wurde von westdeutscher Seite der Vorwurf erhoben, daß Sie an einem weitgehenden Informationsaustausch kein großes Interesse hatten. Das reichte ja nachher auch in die Frage des Korbes III von Helsinki hinein.

Florin: Da hat es Probleme gegeben, was die innerdeutschen Verhältnisse anbetrifft, ja.

Brecht: Das heißt, bis zur Akzeptanz des Korbes III von Helsinki war die DDR im Rahmen der UN auch nicht bereit, hier toleranter zu sein?

Florin: Nein.

Brecht: Herr Florin, in der jüngeren Geschichte hat es zwei Ereignisse gegeben, die innerhalb der DDR-Opposition besonders viel Empörung hervorgerufen haben. Das eine war der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag 1968 – dieses fällt ja in eine Zeit, in der die DDR noch nicht Mitglied der Uno war –, und später der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan. Welche Position bezogen Sie damals in der Uno?

Florin: Der Einmarsch der Sowjetunion nach Afghanistan wurde aus Gründen der Bündnispflicht von der Deutschen Demokratischen Republik auch im Rahmen der Uno bejaht, obwohl mir persönlich von vorneherein sofort klar war, daß es sich hier um ein großes Abenteuer handelt, das erfolglos sein wird, schon allein aus der Geschichte heraus: Wer die Geschichte Mittelasiens in den dreißiger Jahren kennt, der weiß, daß mit militärischen Mitteln solche politischen Fragen überhaupt nicht gelöst werden können. Trotzdem haben wir aus Bündnispflichten heraus diese Politik unterstützt. Der einzige Unterschied besteht vielleicht darin, daß wir uns mehr bemüht haben, politischen Kräften innerhalb Afghanistans im Rahmen der Uno eine Unterstützung zu geben, und weniger auf die Frage des militärischen Einmarsches eingegangen sind; aber es ist klar, daß hier die Position der Deutschen Demokratischen Republik nicht richtig war.

Brecht: Vielen Dank für die offene Antwort. Kam denn der Hinweis, wie Sie zu stimmen haben, aus Berlin oder aus Moskau?

Florin: Aus Berlin.

Brecht: Das heißt, es hat vorher Konsultationen gegeben zwischen Moskau und Berlin zu dieser Frage.

Florin: Ich hatte zu Afghanistan ein Gespräch mit Herrn von Wechmar. Herr von Wechmar sagte zu mir: »Wollen wir darüber beraten, wie man die Kuh vom Eis bringt?« Ich habe Berlin gebeten, mir die Genehmigung für diese Gespräche zu geben, dies wurde mir aus Berlin abgelehnt.

Weyel: Gibt es noch andere Punkte, wo Sie in der Rückschau sagen würden, die DDR hätte sich im Rahmen der Uno beziehungsweise ihrer UN-Politik anders verhalten sollen?

Florin: Ich muß ehrlich sagen, vielleicht hätten wir im Verhältnis zu Israel eine noch gemilderte Position einnehmen sollen, wenn ich auch der Meinung bin, daß die Unterstützung der palästinensischen Sache als solche korrekt war. Wir haben, was Israel anbetrifft, versucht, in unseren Ausführungen die Dinge etwas anders zu behandeln, als das von anderer Seite, zum Beispiel auch von den Palästinensern, geschah. Aber vielleicht hätte man in dieser Frage noch etwas konzilianter sein können. Was die Frage der Menschenrechte angeht, da muß man zum Beispiel was die Reisetätigkeit anbetrifft, ganz klar sagen, daß man nach der Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in die Uno die Rechte für die Reisen der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, nachdem nun auch die diplomatischen Beziehungen mit so vielen Staaten aufgenommen worden waren, wesentlich hätte verändern können.

Brecht: Mich interessiert noch einmal das Verhalten der beiden deutschen Staaten bezüglich der Dritten Welt. Ich habe die

Entwicklungshilfepolitik der DDR eigentlich als wenig hilfreich empfunden, sie war für mich deklamatorisch, aber deckte sich kaum mit spürbaren Beiträgen für die Entwicklungshilfe. Nun kann man immer darauf verweisen, daß auch Westdeutschland – gemessen an dem 0,7-Prozent-Ziel – kein Musterschüler war. Aber dennoch muß man die Entwicklungshilfe der DDR als relativ marginal einschätzen.

Florin: Die Entwicklungshilfe der Deutschen Demokratischen Republik war – gemessen an ihrer ökonomischen Kraft – hoch. Die Deutsche Demokratische Republik hat in ihrer Entwicklungshilfe tatsächlich Ländern geholfen, deren eigene Entwicklung zu stimulieren, und nicht das Ziel verfolgt, für die Deutsche Demokratische Republik zum Beispiel Betriebe in diesen Ländern aufzubauen. Und der gesamte Handel der DDR, der mit den Entwicklungsländern getrieben wurde, war für die Entwicklungsländer sehr vorteilhaft, so daß ich meine, die Entwicklungshilfe der Deutschen Demokratischen Republik war vorhanden und wurde auch von den anderen Staaten anerkannt. Und ich möchte sogar sagen, gerade die politische und ökonomische Unterstützung der DDR für die Entwicklungsländer hat im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen der Deutschen Demokratischen Republik eine gewisse hohe Anerkennung gebracht. Naturgemäß konnte die Deutsche Demokratische Republik mit der Bundesrepublik Deutschland keinen Vergleich aushalten. Die Bundesrepublik Deutschland hatte größere ökonomische Potenzen, und sie stand deswegen jederzeit in der hohen Achtung der Entwicklungsländer, zumal sie über die normalen ökonomischen Beziehungen hinaus außerordentlich viele Einzahlungen in die verschiedensten Fonds geleistet hat, was die Deutsche Demokratische Republik einfach nicht konnte.

Brecht: Was Sie jetzt sagen, deckt sich aber nicht mit der Publizistik jener Jahre, die in der DDR die Entwicklungshilfe Westdeutschlands als katastrophal bezeichnet hatte.

In der DDR wurde ja sehr viel für die Entwicklungshilfe gesammelt von der Bevölkerung, beispielsweise über den Solidaritätsfonds des FDGB. Offenbar wurden aus diesem Fonds auch Mittel dafür verwendet, zu Befreiungsbewegungen hochstilisierte Terrororganisationen zu finanzieren. War Ihnen das bekannt?

Florin: Nein. Ich kenne die Abrechnungen, die alle öffentlich erfolgten, FDGB und so weiter und so fort. Irgendwelche Terrororganisationen betraf das nicht.

Brecht: Gab es eine Abstimmung der Entwicklungshilfe zwischen beiden deutschen Staaten, innerhalb oder außerhalb des UNDP?

Florin: Nein.

Brecht: Welche Gründe gab es für die ablehnende Haltung der DDR gegenüber der obligatorischen Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs?

Florin: In der Deutschen Demokratischen Republik herrschte die Auffassung vor, daß die Zusammensetzung dieses Internationalen Gerichtshofs eine objektive Entscheidung nicht gewährleistet.

Weyel: Trotz der Repräsentanz auch sowjetischer und osteuropäischer Richter?

Florin: Trotz der Repräsentanz auch dieser Richter.

Brecht: Eine völlige Objektivität der Justiz wurde ja in der DDR immer geleugnet. Es wurde gesagt, Justiz ist immer parteilich, ist immer Instrument der herrschenden Klasse, des herrschenden Systems. Haben Sie den IGH auch als solches empfunden?

Florin: Ganz richtig.

Weyel: Mir erscheint das nicht plausibel, weil ja in ähnlichem Maße wie auch im Sicherheitsrat alle Weltregionen und speziell die »hauptsächlichen Rechtssysteme der Welt« repräsentiert waren. Wenn man eine derartige Position vertritt – die ja bestimmt auch die Position der anderen osteuropäischen Staaten war – hätte es für mich doch nahegelegen, daß man sich grundsätzlich fernhält vom IGH. Oder hat man versucht, den

IGH bei bestimmten Themen für seine Interessen nutzbar zu machen, aber eben nur bis zu dieser Grenze der Interessen?

Florin: Mir ist kein Vorgang bekannt, daß sich irgendein sozialistischer Staat an den Internationalen Gerichtshof gewandt hätte. In der Deutschen Demokratischen Republik herrschte die Auffassung vor, daß bei dieser Zusammensetzung dort Recht angewandt wird, das sich vor allen Dingen aus dem Rechtssystem der nichtsozialistischen Welt ergibt.

Weyel: Fairerweise muß man natürlich noch sagen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland der obligatorischen Gerichtsbarkeit auch nicht unterworfen hat.

Brecht: Richtig.

Weyel: Als letzten Komplex sollten wir einen Themenkreis behandeln, der nicht primär mit den staatlichen Beziehungen und den Staaten in den Vereinten Nationen zu tun hat, sondern mit den Nichtregierungsorganisationen, den NGOs. Nun gibt es in den westlichen Staaten eine lange Tradition unabhängiger – regierungsunabhängiger – NGOs; daher ja auch der Name Nichtregierungsorganisationen. Diese Organisationen hatten nun auch ihre Pendanten in den Ländern des realen Sozialismus. Allerdings kann man guten Gewissens und ohne das provozierend formulieren zu wollen, sagen, daß dies keine wirklichen Bewegungen der Bevölkerung waren, sondern daß es letzten Endes mehr oder minder Briefkastenfirmen waren, die in etwas anderer Form die staatliche Politik auf der Ebene der Nichtregierungsorganisationen vertreten hatten. Erscheint Ihnen diese Kritik gerechtfertigt, oder sehen Sie das anders?

Florin: Mir erscheint diese Kritik nicht gerechtfertigt, weil die DDR eine ganze Reihe demokratischer Massenorganisationen hatte, die nicht von der Regierung irgendwelche Entscheidungen vorgegeben bekamen. Das verstehe ich nicht.

Brecht: Herr Florin, die Liga für die Vereinten Nationen in der DDR war, soweit ich sie kenne, eine Gesellschaft, der man nicht als Frau Müller oder Herr Meier beitreten konnte, sondern die Mitgliedschaft wurde handverlesen.

Florin: Was heißt handverlesen?

Weyel: Das heißt, der Bürger Brecht, nehme ich einmal an, konnte nicht Mitglied werden in der Liga für die Vereinten Nationen.

Florin: Das wußte ich nicht.

Brecht: Ich kann mir nicht vorstellen, daß es tatsächlich so eine unbeschwerte Massenbewegung war, wie Sie das beschrieben haben, sondern ich vermute sehr stark, daß die Liga – neben allen fleißigen und guten Tätigkeiten, die sie auch ausgeführt hat – doch ein Instrument des Zentralkomitees war und letztlich eine Spontaneität von unten nicht gewünscht war.

Florin: Also, ich muß ehrlich sagen, ich kenne die Tätigkeit der Liga für die Vereinten Nationen kaum, und wie man Mitglied dieser Liga wurde, habe ich nicht gewußt. Daß das Zentralkomitee sich auch um diese Organisation gekümmert hat, das ist völlig klar in dem politischen System der Deutschen Demokratischen Republik. Der Apparat des Zentralkomitees hat sich um alle Organisationen gekümmert und über die Mitglieder der SED innerhalb dieser Organisationen auch die Politik dort mit dirigiert.

Brecht: Es gab örtliche Gruppen in der DDR, die sehr aktiv waren und die auch sehr gute Arbeit geleistet haben, aber trotzdem hatte ich den Eindruck, daß die Liga für die Vereinten Nationen ihren Schwerpunkt nicht in der Popularisierung des Gedankens der Vereinten Nationen in der DDR-Bevölkerung sah, sondern vielmehr darin, der DDR internationale Reputation zu verschaffen; das heißt, die Liga war sehr aktiv in der WFUNA, in der Dachorganisation dieser NGOs. Würden Sie diese Einschätzung teilen?

Florin: Nein, die würde ich nicht teilen. Die, die aktiv waren, haben etwas getan, um die Organisation der Vereinten Nationen in der DDR gewissermaßen zu popularisieren, und ich möchte sagen, auch ich habe sehr viele Vorträge gehalten über die Vereinten Nationen im Sinne dieser Organisation der Ver-

einten Nationen – nicht der Liga für die Vereinten Nationen –, im Sinne der Organisation der Vereinten Nationen. In der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik sah man, daß das Interesse an dieser Organisation allgemein nur beschränkt war, denn man setzte keine große Hoffnung darauf, daß diese Organisation irgend etwas in der Welt bewerkstelligt. Was nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen war, daß man diese Organisation als solche nicht genug kannte. Und natürlich haben viele Bürger gefragt, wie teuer die Uno für die Bürger der DDR ist, und das war eines der schwierigen Probleme.

Brecht: Nun habe ich keinen Ihrer Vorträge damals hören können, aber als Zeitungsleser hatte ich immer den Eindruck, daß die DDR die Uno sehr kämpferisch für ihre Interessen nutzen würde. Können Sie sich vorstellen, daß es den damaligen Redakteuren darum ging, aus innenpolitischen Gründen bewußt den Eindruck einer kämpferischen Außenpolitik der SED zu vermitteln?

Florin: Nicht nur der kämpferischen Politik der SED, sondern der kämpferischen Tätigkeit der Organisation der Vereinten Nationen. Die Zeitungen haben über Erfolgserlebnisse in der Uno geschrieben und nicht über das, wo die Position der sozialistischen Staaten in der Uno unter den Tisch fiel. Das wurde natürlich nicht . . ., wurde nur, sagen wir, bei bestimmten Dingen, wo es notwendig war, nachrichtenmäßig berichtet, aber sonst nicht im einzelnen bewertet.

Brecht: Haben sich denn DDR-Bürger an Sie gewandt als da-

maligen Botschafter, in Menschenrechts- oder in Kulturfragen?
Florin: Sie haben sich an mich gewandt, ja, natürlich. Denen habe ich geantwortet und sie darauf hingewiesen, welche die zuständigen Stellen in der DDR sind.

Brecht: Wo lag denn der Schwerpunkt dieser Anfragen?

Florin: Oh, das war wirklich sehr unterschiedlich. Natürlich, Schwerpunkt war Reisen, das ist völlig klar, aber sonst: in ökonomischen Fragen, Handel . . .

Weyel: Die Zweistaatlichkeit Deutschlands in den Vereinten Nationen ist ja nun beendet. Es gibt eine deutsche Vertretung in New York und an den anderen Dienstorten der Vereinten Nationen. Was würden Sie der UN-Politik des nunmehr vereinten Deutschland als besondere Schwerpunkte wünschen?

Florin: Ich bin der Auffassung, daß der Schwerpunkt der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Uno sein sollte, sich dafür einzusetzen, daß die gegenwärtige Charta der Vereinten Nationen, solange sie noch in dieser Form besteht, nach Geist und Buchstaben überall eingehalten wird; und zweitens sich darüber Gedanken zu machen, wie die Uno als Organisation so verändert werden kann, daß sie eine effiziente Rolle, eine effektivere Rolle bei der Lösung von internationalen Problemen spielen kann; und drittens würde ich sagen, man soll sich darüber den Kopf zerbrechen, wie die friedlichen Mittel der Uno ausgebaut werden können, und nicht, wie man die Gewalttätigkeit erhöht.

UN-Politik: nicht mehr allein der Exekutive überlassen

Der neue Unterausschuß ›Vereinte Nationen/Weltweite Organisationen‹
des Deutschen Bundestages

WOLFGANG EHRHART

Die weltpolitischen Umwälzungen Ende der achtziger Jahre haben das Koordinatensystem der internationalen Politik tiefgreifend verändert. Davon ist auch die Uno nicht unberührt geblieben. Sie hat ihr friedenspolitisches Schattendasein überwinden und eine neue Handlungsfähigkeit gewinnen können, die es ihr erlaubt, mit breiter Zustimmung der Mitgliedstaaten die in der Charta beschriebenen Aufgaben anzugehen. Die erfolgreichen UN-Vermittlungen beim sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan, bei der Lösung der Namibiafrage oder beim Waffenstillstand im Ersten Golfkrieg boten erste, frische Hoffnung erweckende Beispiele dafür.

Ob die Staatengemeinschaft auch dauerhaft bereit sein wird, der Weltorganisation nach dem Wegfall der bipolaren Ordnung eine konstitutive Rolle bei der Reorganisation der internationalen Beziehungen einzuräumen, wird hauptsächlich von der wirksamen Unterstützung jedes einzelnen Mitgliedstaates abhängen. Dies gilt insbesondere für Staaten, denen auf Grund ihres politischen Einflusses und ihrer ökonomischen Stärke ein besonderes Gewicht zufällt. Zu diesen Ländern gehört zweifellos die Bundesrepublik Deutschland. Mit der Überwindung der Blockkonfrontation in Europa und der Teilung Deutschlands ist für die deutsche Außenpolitik eine konzeptionelle Neubestimmung unabweisbar geworden, die unter anderem Fragen nach Art, Umfang, Interesse und Ziel des deutschen Beitrags zu den Vereinten Nationen verbindlich beantworten muß.

Dieser Aufgabe muß sich nicht nur die Regierung, sondern auch das Parlament stellen. Um dafür die Voraussetzung zu schaffen, hat der Deutsche Bundestag erstmals einen Unterausschuß ›Vereinte Nationen/Weltweite Organisationen‹ eingerichtet. Erfahrungsgemäß beanspruchen institutionelle Veränderungen Zeit und sorgfältige Vorbereitung, um Widerstän-

de abzubauen und Akzeptanz zu schaffen. Auch in diesem Fall bedurfte es einiger Jahre beharrlicher Arbeit engagierter Abgeordneter, namentlich der Unermüdlichkeit der langjährigen sozialdemokratischen Parlamentarierin Helga Timm, bis es gelang, die Idee eines derartigen Unterausschusses durchzusetzen. Mit Beginn der laufenden 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages hat der Auswärtige Ausschuss beschlossen, einen vierten Unterausschuß (UA) einzusetzen,¹ der sich mit der deutschen UN-Politik und den weltweiten Aktivitäten der Internationalen Organisation befaßt. Die Zunahme der politischen Bedeutung der Vereinten Nationen erfordert eine Neugestaltung der deutschen UN-Politik, die nicht allein der Exekutive überlassen werden darf. Um sicherzustellen, daß das Parlament in verstärktem Maße an der Gestaltung deutscher UN-Politik beteiligt ist, wurde die Forderung des Auswärtigen Ausschusses am 6. September 1991 in die Tat umgesetzt. Der Konstituierung des neuen Unterausschusses kommt über die institutionelle Ausdifferenzierung hinaus eine Signalwirkung zu. Durch sie wird deutlich, daß die deutsche Politik und insbesondere das deutsche Parlament, die sich mit dem Thema Vereinte Nationen in den zurückliegenden Jahren »eher geschäftsmäßig und lustlos«² befaßten, der Weltorganisation in der internationalen Politik eine gewachsene Bedeutung zuerkennen und daß sie willens sind, an ihren Aufgaben, die sich auf die Friedenssicherung, die friedliche Streitbeilegung, die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Nord-Süd-Ausgleichs sowie auf den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt beziehen, aktiv teilzunehmen.

Bisher haben die Fachausschüsse des Deutschen Bundestages Programme und Aktivitäten der Vereinten Nationen allein unter ressortspezifischen Aspekten behandelt. Das ist auf das in der 6. Legislaturperiode eingeführte Organisationsprinzip für